

EP-FR-01/01 Was Frieden sichert

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: EP-FR Was Frieden schützt

Antragstext

- 1 ****Geänderte Überschrift**** Was Frieden sichert
- 2 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine und die massive
3 Gegenreaktion der westlichen Staaten mit Aufrüstung und massivsten Waffenlieferungen – aber
4 ohne ernsthaften Versuch einer diplomatischen Lösung – haben gezeigt: Frieden und Freiheit,
5 Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen immer wieder
6 aufs Neue gesichert und gestärkt werden.
- 7 Allerdings müssen wir jetzt uns und unseren Verbündeten sowie unseren ukrainischen
8 Freund*innen die Frage stellen und mit ihnen gemeinsam beantworten, was das Ziel der
9 Unterstützung sein soll. Die immer wieder geforderte militärische Niederlage Russlands, der
10 stärksten Atomwaffenmacht, oder gar eine Zerstörung des russischen Staates? Das kann in
11 Anbetracht der wahrscheinlichen Folgen kein realistisches Ziel sein. Und auch ein
12 langjähriger Stellungskrieg ist für die Menschen auf beiden Seiten (auch russische Soldaten,
13 die meistens nicht freiwillig im Krieg sind, sind Menschen) keine Lösung.
- 14 Daher führt kein Weg an der Aufnahme diplomatischer Initiativen für eine Lösung des Krieges
15 vorbei. Das wird die Grüne Fraktion im EP initiieren.
- 16 Um den Frieden in Europa wieder herzustellen und dann dauerhaft zu erhalten, muss das Denken
17 in Einflusssphären überwunden werden. Das gilt nicht nur für Russland und die NATO, sondern
18 auch für die EU, deren Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik immer wieder auf Widerstand
19 stößt. In dieser Gemengelage muss an die Stelle von Machtpolitik der faire Ausgleich von
20 Interessen treten.
- 21 Im Zuge der Globalisierung haben sich große Schwellenländer zu wirtschaftlichen
22 Schwergewichten herausgebildet. Die Länder des Südens entwickeln ein neues Selbstbewusstsein
23 und wollen sich nicht länger bevormunden und ausbeuten lassen. Und die USA sind bereit, ihre
24 globale Vormachtstellung mit allen Mitteln zu verteidigen.
- 25 Während sich eine multipolare Weltordnung herausbildet, nehmen die Spannungen weltweit zu.
26 Deutschland und die Europäische Union müssen eine eigenständigere Position gegenüber den USA
27 finden, die schon länger einen konfrontativen Kurs gegenüber Russland und China fahren.
- 28 Wir lassen uns nicht von einer resignativen Haltung anstecken, die meint, dass in der
29 gegenwärtigen Lage alleine militärische Gewalt weiterhilft. Vielmehr suchen wir aktiv
30 Chancen für Deeskalation, Gewaltminimierung und Entspannung. Dieser Einsatz für eine Kultur
31 der Gewaltfreiheit umfasst als wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der
32 Außenpolitik. Unser Ziel bleibt, durch eine Politik für Gewaltfreiheit mittel- und
33 langfristig die politische Institution des Krieges zu überwinden.
- 34 Friedliche Entwicklung und Kooperation auf globaler Ebene sind unerlässlich. Denn nur
35 gemeinsam haben wir als Menschheit die Chance, den Klimawandel noch so weit auszubremsen,

36 dass auch künftige Generationen ein lebenswertes Umfeld vorfinden. Die Europäische Union
37 muss sich also um Vertrauensbildung, um Zusammenarbeit über die Blockgrenzen hinweg und
38 damit eine Verhandlungslösung für den Ukraine-Krieg bemühen.

39 Die EU ist ein Friedensprojekt, kein militärisches Verteidigungsbündnis. Dauerhafter Friede
40 beruht auf Verständigung, Austausch und Zusammenarbeit, nicht auf Aufrüstung. Die
41 Europäische Union hat in ihrem Innern bewiesen, dass sie in der Lage ist, für Frieden,
42 Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Sie hat gezeigt: Man kann Frieden lernen,
43 stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen Zeiten.

44 Die GRÜNE haben immer davor gewarnt, dass autokratische Regime wie Russland oder Saudi-
45 Arabien im Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger*innen handeln, um ihre
46 imperialen Ziele mit Gewalt durchzusetzen.

47 Mit diesen Einschränkungen war der Ansatz „Wandel durch Handel“ des Architekten der
48 Ostpolitik (Egon Bahr) gemeinsam mit Brandt sehr erfolgreich und hat die Grundlagen
49 geschaffen aus zwei deutschen Staaten einen zu machen. Allerdings hat man die daraus
50 erwachsenen Chancen zur Neuordnung Europas nicht genutzt. Daraus lernen wir: Nur Kooperation
51 statt Konfrontation führt zum Erfolg und zum Frieden.

52 Deshalb treten wir ein für eine Europäische Union, die ihre Abhängigkeiten – auch von den
53 USA – verringert und global Verantwortung übernimmt. Eine handlungsfähige EU, die auf
54 eigenen Beinen steht, wäre der beste Schutz gegen all jene Kräfte, die Isolation und
55 Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des europäischen Bündnisses. Die EU
56 kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte
57 tatsächlich, ernsthaft und konsequent in den Mittelpunkt und nicht wie oft bisher gegenüber
58 wirtschaftlichen Interessen zurückstellt.

59 Frieden und Freiheit erwachsen aber nicht aus Abschottung, sondern aus freundschaftlichen,
60 auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker
61 beruhenden Beziehungen zwischen den Nationen und einem wertegeleiteten und fairen Umgang mit
62 unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind die Vereinten Nationen
63 (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken und gerechter gestalten wollen. Sie sind der
64 beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht
65 des Stärkeren.

66 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler
67 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den Frieden zu
68 wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Die EU muss aktiv um
69 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben und dabei den Ausgleich bisheriger
70 Fehler vorantreiben. Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale
71 Gerechtigkeit fördern.

72 Dazu ist es notwendig, diese Länder verstärkt zu unterstützen. Die Entwicklungshilfe darf
73 nicht gekürzt werden. Stattdessen fordern wir die sofortige Erhöhung der Entwicklungshilfe
74 auf die von den UN geforderte Höhe von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens. Noch wichtiger
75 als Entwicklungshilfe wäre ein Schuldenerlass, da die Entwicklungshilfe weit unter dem
76 Kapitaldienst der Länder des globalen Südens an den Norden liegt. Dafür werden wir uns in
77 der EU einsetzen. Es kommt aber nicht nur auf die Quantität der Unterstützung an, sondern
78 auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und unbürokratisch umzusetzen. Die
79 vereinbarten Ausgleichszahlungen der Industrieländer müssen vor allem den bedürftigsten
80 Ländern zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser
81 Klimaabkommens beitragen. Die EU muss sich für die Einhaltung und Ausweitung dieser
82 Vereinbarung einsetzen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale

83 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als
84 nachhaltiges Instrument gegen Armut.

85 Die Entwicklungshilfe darf nicht den Interessen europäischer oder multinationaler Konzerne
86 dienen, sondern muss als Hilfe zur Selbsthilfe für den globalen Süden erfolgen, um die
87 sozialen und ökologischen Krisen der Klimaänderung vor Ort zu bekämpfen. Die Handelsverträge
88 der EU sind ungerecht. Der Zwang zum Abbau von Zöllen und die Öffnung für EU-Waren wirkt
89 sich so aus, dass in Wirklichkeit die europäischen Länder profitieren, weil die armen Länder
90 ihre Produkte unverarbeitet exportieren müssen und die Weiterverarbeitung bei industriellen
91 Rohstoffen, bei Agrarprodukten wie Kaffee oder Kakao, selbst bei Früchten i.d.R. in Europa
92 geschieht und der Gewinn in Europa und nicht im globalen Süden entsteht. Faire
93 Handelsbeziehungen bedeuten, dass die lokale Produktion vor Billigimporten geschützt wird.
94 Bei Handelsverträgen müssen neben den wirtschaftlichen Zielen immer auch die ökologischen,
95 sozialen und menschenrechtlichen Folgen berücksichtigt werden. Das EU-Mercosur-
96 Handelsabkommen darf nicht ohne den Schutz des Regenwaldes und der dort lebenden indigenen
97 Bevölkerung unterzeichnet werden. Der Regenwaldschutz muss direkt in den sanktionsbewehrten
98 „Streitbeilegungsmechanismus“ des Abkommens integriert und ein Anreizsystem geschaffen
99 werden, bei dem Waldschutz-Ziele festgelegt und erst bei einer Erfüllung alle drei Jahre
100 neue Handelserleichterungen freigeschaltet werden.

101 Oft genug fehlen bei Verhandlungen sozial und kulturell benachteiligte Gruppen ,vor allem
102 Frauen. Das macht es schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften
103 sind nachweislich friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen
104 und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger, wenn
105 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in
106 der Außen- und Sicherheitspolitik gleichermaßen vertreten sind.

107 Das gilt umso mehr, da sich die größte Herausforderung der Menschheit, die Klimakrise, nur
108 global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben durch ihre
109 jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen
110 Interesse selbst schnell klimaneutral werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu
111 klimaneutraler Lebensqualität partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die
112 Klimadiplomatie ins Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die
113 Weichen für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen werden,
114 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen unter gerechten Bedingungen zu
115 sichern. Dabei muss die EU auch weltweit vor allem den privatwirtschaftlichen Interessen
116 einen Riegel vorschieben, die vorrangig Gewinnmaximierung als Ziel haben.

117 1. Krieg ist keine Lösung

118 Alle wissenschaftlichen und insbesondere psychologischen Erkenntnisse zeigen, dass Krieg im
119 21. Jahrhundert keine Lösung mehr sein kann und darf. Vielmehr ist die Gefahr nicht zu
120 übersehen, dass eine Eskalation zum Atomkrieg das Ende der Zivilisation – wie wir sie kennen
121 – führen wird.

122 Besonders im Fall des Russland-Ukraine-Krieges ist absehbar, dass eine weitere Aufrüstung
123 der Ukraine entweder den Krieg auf etliche Jahre hinaus verlängern oder aber mit zunehmender
124 Dauer des Krieges eine atomare Eskalation immer wahrscheinlicher wird. Eine ungehemmte und
125 ungeprüfte massive Aufrüstung der Ukraine ist nicht zu rechtfertigen. Der Export des Taurus-
126 Abwehrsystems vergrößert die Gefahr der Eskalation ins Unkalkulierbare und droht Deutschland
127 wegen der Programmierungen zur Kriegspartei werden zu lassen. Die Menschen in der EU sind
128 schon jetzt massiv von den Auswirkungen dieses Krieges betroffen, sei es durch
129 Preissteigerungen für Lebensmittel, Mieten und Energie, sei es durch die massiven Kürzungen
130 im sozialen und kulturellen Bereich zugunsten von militärischer Aufrüstung, Waffenhilfe und
131 Unterstützung des Staatshaushalts der Ukraine. Dies verschärft die soziale Spaltung.

132 Daher muss die Europäische Union unbedingt und schnellstens den Weg einer diplomatischen
133 Lösung einschlagen. Dass dies nicht zulasten der dort lebenden Bevölkerung geschehen kann,
134 ist dabei selbstverständlich. Allerdings sind auch die Interessen der russischstämmigen
135 Ukrainer*innen in ihren Minderheitsrechten angemessen zu berücksichtigen, wie das im Minsker
136 Abkommen vorgesehen war. Faire und überwachte Wahlen könnten diplomatische Lösungen
137 legitimieren.

138 Wir lehnen den Einsatz von Streumunition kategorisch ab. Zu den mehr als 120 Ländern, die
139 Streumunition geächtet haben, gehört auch Deutschland. Als völkerrechtlich gültiger Vertrag
140 verbietet das Übereinkommen über Streumunition (sog. „Oslo-Übereinkommen“) seit 2010 den
141 Einsatz, die Entwicklung, die Herstellung, den Erwerb, die Lagerung, die Weitergabe und die
142 Unterstützung beim Einsatz von Streumunition. Nach Artikel 21 Absatz 2 des Oslo-
143 Übereinkommens verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, sich nach besten Kräften zu bemühen,
144 Staaten, die nicht Vertragsparteien des Übereinkommens sind, vom Einsatz von Streumunition
145 abzubringen. Ebenso lehnen wir den Einsatz von Krankheit, Vergiftung, massive Erbschäden und
146 Tod bringende DU- (Uran-) Munition ab.

147 Das Europa, das wir gestalten wollen, schützt und verteidigt die eigenen Werte. Wir müssen
148 anerkennen, dass es in anderen Regionen der Welt andere politische Systeme und andere
149 kulturelle Werte gibt, die wir respektieren müssen. Der Globale Süden hat ein Recht, einen
150 Umgang auf Augenhöhe einzufordern. Die in der Charta der Vereinten Nationen von 193
151 Mitgliedsstaaten vereinbarten universellen Ziele müssen dafür die Grundlage bilden. Nur
152 gemeinsam können wir das Erreichen der Millenniumsziele und den Kampf gegen die Klimakrise
153 bewältigen. An diesem Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein. Und zu
154 diesem Europa muss in Zukunft auch wieder Russland gehören.

155 2. Eine europäische Außenpolitik

156 Gemeinsam außenpolitisch handeln

157 Wir benötigen eine eigenständige EU, die als weltpolitische Akteurin agieren kann. Bislang
158 braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten.
159 Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein, die dabei die
160 Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das zu erreichen,
161 wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge nutzen und
162 setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

163 Das Klima global schützen

164 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die
165 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Sie
166 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel und Wasser.

167 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke Klimaaußenpolitik
168 der EU, die ihr Möglichstes tut, um das Pariser Klimaabkommen zu retten. Wir stehen für eine
169 EU, die weltweit Partnerschaften auf Augenhöhe unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft für
170 die Minderung des CO₂-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim klimaneutralen Auf- und Umbau
171 ihrer Wirtschaftssysteme und ihrer Energieversorgung sowie bei der Anpassung an die
172 unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten Emittentinnen von
173 Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im Pariser
174 Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass umgehend jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus
175 öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und im
176 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens eingesetzt
177 werden. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung eines Loss-
178 and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten Gemeinschaften
179 finanziell angemessen unterstützen soll.

180 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme
181 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Kunming-
182 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement mit den am
183 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von
184 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische
185 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

186 Internationale Organisationen stärken

187 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall des
188 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale Staatengemeinschaft in
189 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie – im Gegensatz zum Sicherheitsrat – handlungsfähig
190 ist, als eine überragende Mehrheit den russischen Einmarsch in die Ukraine auf das Schärfste
191 missbilligte und die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen
192 Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere
193 friedliche Mittel forderte.

194 Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen
195 Organisationen wie der UN. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein
196 koordiniertes Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen.
197 Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Veto-Möglichkeit der bisherigen fünf Veto-
198 berechtigten Staaten ersatzlos gestrichen wird. Strittige Entscheidungen sollen künftig im
199 deutlich erweiterten Sicherheitsrat mit 2/3 Mehrheit gefällt werden. Sollte der
200 Sicherheitsrat zu keiner Entscheidung kommen, übernimmt die UN-Vollversammlung, damit die UN
201 bei Krisen handlungsfähig bleibt.

202 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits begonnen hat,
203 muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung einsetzen, um
204 angemessen auf die heutigen globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen reagieren
205 zu können. UN-Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die
206 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen. Die EU muss
207 diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

208 Menschenrechte weltweit verteidigen

209 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von
210 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste niedergeschlagen. Wir
211 setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien,
212 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger*innen.

213 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit und
214 Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen durch die UN legitimierte
215 Sanktionen für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße. Sanktionen und
216 Wirtschaftsblockaden, welche schädliche Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung haben, wie
217 dies z.B. bei Sanktionen gegen den Irak und Syrien bzgl. Medikamentenlieferungen der Fall
218 war, lehnen wir ab.

219 Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer
220 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von
221 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine
222 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen, etwa
223 Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten
224 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir in der EU mit einer schnelleren und
225 vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die
226 Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen. Dazu gehört
227 etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale

228 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen
229 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Auch bei unseren Bündnispartnern werden wir uns
230 massiv dafür einsetzen, dass derartige Rechtsbrüche – wie z.B. der Fall Assange – aus der
231 Welt geschafft werden. Nach Vorbild des kanadischen Resettlement- Programms setzen wir uns
232 für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-Verteidiger*innen ein, das es ihnen
233 ermöglicht, schnell und unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer
234 Umgebung fortführen zu können.

235 Deserteur*innen und Kriegsdienstverweigerer verdienen unseren besonderen Schutz: Sie wagen
236 es mit dem Risiko ihrer Freiheit, Gesundheit und teilweise sogar mit ihrem Leben dem
237 gegenseitigen Töten im Krieg zu widersprechen. Dass Kriegsdienstverweigerer aus Belarus an
238 der EU-Grenze in Litauen abgewiesen und nach Belarus zurückgeschickt werden, ist ein
239 Skandal, den wir mithilfe des EU-Parlaments schnellstmöglich abstellen wollen. Auch in der
240 Ukraine werden Kriegsdienstverweigerer unter dubiosen Vorwänden zu Freiheitsstrafen
241 verurteilt. Die staatlichen Stellen in der Ukraine müssen aufgefordert werden, alles zu
242 unternehmen, damit das Urteil gegen den Pazifisten und Publizisten Yurii Sheliashenko
243 schnellstmöglich wieder zurückgenommen werden kann.

244 Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

245 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und
246 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen Menschenrechte.
247 Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Gewalt, Armut und Krieg, aber
248 auch von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von ihnen
249 mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der UN-
250 Resolution 1325 ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe
251 bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen
252 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik ein, die
253 Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in
254 allen Bereichen weltweit stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen
255 von Diskriminierung zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen der EU
256 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung sind
257 Vorbild für die Debatte auf EU-Ebene.

258 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf gegen
259 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem Beitritt der EU zur Istanbul-
260 Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer. Auch
261 fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die Diskriminierung und
262 für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.

263 3. Eine europäische Sicherheitspolitik

264 Europa abrüsten und deeskalieren

265 Wir fordern, dass die Europäische Union ihre Stärken als Vermittlerin in Konflikten und als
266 Bündnis für Frieden durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt ausbaut. Den
267 Europäischen Verteidigungsfonds als EU-Globalstrategie lehnen wir ab.

268 Der Verlauf des russischen völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf die Ukraine hat uns
269 deutlich vor Augen geführt, dass militärische Aufrüstung Probleme nicht löst. Nötig sind
270 vielmehr Diplomatie, Abrüstung, Entspannung und der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen sowie
271 einer umfassenden Zusammenarbeit, welche vor allem mit der Bekämpfung des Klimawandels
272 beginnen müsste.

273 Die Geldmittel, die aktuell wieder in die Rüstungsindustrie fließen, fehlen bei den dringend
274 notwendigen Gegenmaßnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaziele sowie beim notwendigen

275 Aufbau und Finanzierung von fairen und sozial korrekten Produktions- und Handelsbedingungen
276 zur Ursachenbewältigung von Kriegen, Flucht, Vertreibung. Da das Geld nur einmal ausgegeben
277 werden kann, führt der falsche Einsatz dieser Geldmittel vielmehr zu weiteren Kriegen,
278 Bürgerkriegen, einer Verstärkung der Fluchtbewegungen und sozialen Verwerfungen in der EU.
279 Durch das dann bedingte schnellere Fortschreiten des Klimawandels werden sich diese
280 Konflikte weiter verstärken.

281 Eine engere Zusammenarbeit in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei
282 gleichzeitig deutlicher Abrüstung und vor allem das „auf Null“-Zurückführen von
283 Angriffsmöglichkeiten auf Dritte wird schnell zu deutlich sinkenden Kosten führen. Das Geld
284 benötigt die EU zum einen für den Klimaschutz innerhalb der EU und vor allem in den
285 betroffenen Ländern und zum anderen für Investitionen in die soziale Infrastruktur der EU,
286 um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken

287 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit einer starken
288 parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der verbleibenden
289 Verteidigungs-Streitkräfte wollen wir ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und
290 Arbeitsbedingungen für Soldat*innen notwendig.

291 Zivile und militärische Missionen dürfen sich künftig nur an der menschlichen Sicherheit
292 orientieren. Insbesondere sollten Projekte für vorausschauende, konfliktvermeidende,
293 pazifistische Strategieentwicklungen in gleicher Weise gefördert und finanziert werden.
294 Frieden darf nicht erst ein Thema sein, wenn die Gewalt ausgebrochen ist. Gerade die lange
295 Zeit der Friedensdividende hat uns gelehrt, dass in den Frieden dauerhaft investiert werden
296 muss. Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist die
297 Hauptaufgabe der EU-Gesellschafts- und -Außenpolitik.

298 Beteiligungen wie an den gescheiterten Einsätzen wie in Afghanistan oder Mali werden wir
299 künftig nicht mehr mittragen. Sie verursachen immense Kosten und Schäden vor Ort, kosten
300 Menschenleben auf Seiten der EU-Einsatzkräfte und erst recht auf der Seite der Einheimischen
301 und verschlimmern gleichzeitig die Situation vor Ort. Eine Evaluierung des Afghanistan- und
302 des Mali-Einsatzes ist überfällig.

303 Rüstungsexporte beenden

304 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von EU-Waffensystemen schaffen mehr
305 Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit wird es möglich, künftig keine Waffensysteme mehr
306 an Drittstaaten zu exportieren, ein Beitrag für eine gemeinsame Sicherheitspolitik. Waffen
307 aus der EU dürfen nicht weiter, wie bisher teilweise geschehen, in die Hände von Regimen
308 gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen. Das muss eine scharfe Überwachung der
309 Lieferungen auch an einzelne EU-Länder sicherstellen. Wer sich dem nicht unterwirft, wird
310 nicht mehr beliefert. Wir setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an
311 repressive Regime und für ein Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

312 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade in
313 unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und Abrüstungsinitiativen
314 fördern. Die EU muss sich endlich deutlich für eine Umsetzung des Vertrags zur
315 Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) und die darin vorgeschriebene Abrüstung einsetzen und
316 ihre Mitgliedstaaten zum Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu
317 Vision Global Zero ermutigen. Da das Ziel unserer Bemühungen eine atomwaffenfreie Welt
318 bleibt, wird unsere Fraktion von der EU-Ebene aus unterstützen, dass Deutschland hier
319 vorangeht und als Erstes die gegen den NVV verstoßende „Nukleare Teilhabe“ beendet.

320 Daher werden wir auch einer EU-Atommacht keine Zustimmung geben. Vielmehr wollen wir in der
321 EU darauf hinwirken, dass auch Frankreich sein Atomwaffenarsenal reduziert. Mittelfristig
322 möglich wäre eine Unterstellung eines verbliebenen Restarsenals unter den Befehl der UN, um

323 so eine Abwehr gegenüber atomaren Bedrohungen aufrecht zu erhalten. Das könnte Beispiel für
324 andere Atomwaffenstaaten werden.

325 Die völkerrechtlichen Bemühungen um ein Verbot von autonomen Waffensystemen unterstützen
326 wir. Es darf keinen Einsatz von Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte
327 Entscheidung über Leben und Tod trifft.

328 Konflikten vorbeugen

329 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte
330 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel für friedensfördernde
331 zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche
332 Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen und Förderrichtlinien in
333 diesem Zusammenhang flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN und der
334 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von
335 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir unterstützen.

336 Wir wollen zivile Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) als
337 Instrument der EU-Außenpolitik durch mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um
338 zum Beispiel die Polizei oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit
339 rechtsstaatlichen und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten
340 vorbeugen. Eine Neuausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf Migrationsmanagement lehnen
341 wir ab.

342 Durch eine - anders als bisher – glaubwürdige und aktive Politik der Prävention leisten wir
343 auch einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und
344 funktionierende staatliche Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die
345 menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

346 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären Hilfe wollen
347 wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie
348 effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der EU-Organisation für humanitäre Hilfe
349 ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren. Schließlich
350 wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten, stärker auf
351 geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen zu
352 achten.

353 4. Globale Gerechtigkeit

354 Verlässliche Partnerin sein

355 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die Menschen, die
356 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen. Damit
357 stehen wir für eine gerechtere Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern als
358 Autokratien. Wir wissen, dass dies faktisch teilweise eine Umkehrung der bisherigen Politik
359 mancher EU-Länder gleichkommt, aber wir wollen, dass die EU aktiv den Wettbewerb um die
360 Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten
361 Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Dafür
362 stehen wir auf EU-Ebene ein. Wir setzen uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz ein, das
363 zu einem sozial und ökologisch gerechteren Handel beitragen kann.

364 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von
365 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen wir die
366 bestehenden Instrumente der EU-Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren Partnern
367 weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in
368 Hochschulen, NGOs oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die
369 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass

370 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen
371 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert werden.

372 Globale Verantwortung annehmen

373 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und ehemaligen
374 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in
375 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten
376 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der
377 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen.

378 Damit wir auch dem Erbe unserer kolonialen Vergangenheit gerecht werden, müssen die von EU-
379 Ländern verursachten wirtschaftlichen Schäden, Naturzerstörungen z.B. durch den Uranabbau,
380 aber auch menschliches Leid anerkannt und so weit wie möglich finanziell ausgeglichen
381 werden.

382 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den
383 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen wollen
384 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die EU-
385 Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und
386 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich
387 evaluieren und weiterentwickeln. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in
388 einer Schuldenkrise, die ihre Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische
389 Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Oft ist der Hintergrund das Verhalten der durch
390 europäische Ex-Kolonialmächte gestärkten Diktatoren, bedingt durch die koloniale Geschichte
391 oder durch die Ausbeutung ihrer Bodenschätze und ihrer Natur. Die Schuldenkrise der
392 Entwicklungsländer ist ein Relikt neokolonialer Ausbeutung durch die Industrieländer und
393 wird aktuell verursacht von westlichen Finanzinstitutionen, Staaten und Unternehmen. Wir
394 fordern einen umfassenden Schuldenerlass für die Entwicklungsländer! Wir wollen verhindern,
395 dass Rechtsräume der EU zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was
396 die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter einschränkt.

397 5. Fairer Handel

398 Mit Handel Lebensqualität erhalten und verbessern

399 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann Frieden
400 stabilisieren. Es ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und
401 politischen Einfluss so zu nutzen, dass sie durch Handelspolitik Wertschöpfung fördert und
402 zusätzlich weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie
403 Menschenrechte beeinflusst. Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor
404 einem Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

405 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass wir
406 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine
407 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft, liefert
408 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir Unternehmen in der EU dabei unterstützen, ihre
409 Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

410 6. Mehr EU in Europa

411 Erweiterungsperspektiven

412 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte, verhindert Kriege und stabilisiert so den
413 Frieden in Europa. Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unsere
414 Lebensqualität. Deswegen ist es unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu
415 unterstützen. Klare Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess

416 mit verbindlichen Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU
417 handlungsfähig bleibt, muss sie ihre Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen
418 Hand in Hand gehen.

419 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der EU,
420 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis communautaire*,
421 vollumfänglich übernehmen.

422 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten, ihre
423 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU ist uns
424 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits
425 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an
426 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

427 Westbalkanstaaten

428 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo,
429 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU. Aber der Weg dahin ist teilweise
430 noch weit, wie z.B. aktuell die Aggressivität Serbiens gegenüber dem Kosovo zeigt.

431 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen
432 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses Beitrittsversprechen
433 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und
434 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die
435 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

436 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter
437 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender Aufarbeitung
438 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess
439 intensiv unterstützen. Die Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern,
440 besonders auch die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine
441 inklusive Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan
442 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und
443 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

444 Ukraine

445 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen und finanziellen
446 Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine weiterhin entschlossen
447 unterstützen, damit sie ihre Souveränität und Integrität wiedererlangen und verteidigen
448 kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, aller ihrer Menschen – auch der Minderheiten
449 – und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und unterstützen
450 den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen
451 Sicherheitsgarantien.

452 Um das zu erreichen, unterstützen wir diplomatische Initiativen, um Wege aus dem Krieg
453 aufzuzeigen. Verhandlungen mit dem Ziel eines Waffenstillstands müssen vorbereitet werden;
454 eine Vermittlung durch die Vereinten Nationen ist unbedingt erstrebenswert. Unter der Ägide
455 des UN-Generalsekretärs António Guterres sollte eine internationale Verhandlungskommission
456 gebildet werden, die die Bedingungen des Waffenstillstands aushandelt.

457 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide Seiten
458 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf
459 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung, eine aktive Rolle der
460 Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene sowie einen sorgsam Umgang mit
461 den Minderheiten und ihren Rechten.

462 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der Ukraine
463 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch
464 großer finanzieller Anstrengungen und erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle
465 Ergebnisse zu erzielen.

466 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die Verbrechen
467 gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des Verbrechens des Kriegs
468 aufklären und bestrafen.

469 Die grassierende Korruption in der Ukraine kann nicht nur durch Entlassungen bekämpft
470 werden, sondern die Täter müssen sich vor einem unabhängigen Gericht verantworten, um die
471 immensen Gelder zu rechtfertigen, mit denen die EU den Haushalt der Ukraine stützt.

472 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass die EU
473 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als Zeichen
474 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den
475 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres
476 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt zur
477 globalen Ernährungssicherung bei.

478 Georgien und Moldau

479 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel von
480 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Wir stehen entschlossen
481 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und
482 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür
483 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit 2020
484 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent unterstützen.

485 Europäische Nachbarschaft

486 Auch wenn es im Augenblick es herausfordernd klingt: Es muss jedoch eine mittelfristige
487 Zielsetzung sein, Russland einzubeziehen und keine Strategie der Isolation zu forcieren. Ein
488 friedliches, starkes Europa kann es nur mit Russland geben.

489 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit
490 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

491 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung von
492 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir intensivieren.

493 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren
494 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-Mitgliedschaft
495 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im
496 ausgeprägten EU-Interesse.

497 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg
498 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention stärken. Sie kann in
499 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

500 Türkei

501 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine langjährige
502 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und
503 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in
504 der die Rechte aller ihrer Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in der
505 europäischen Familie hat.

506 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich in
507 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten entfernt.
508 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen
509 EU-Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts, die Beteiligung im
510 libyschen Bürgerkrieg oder die völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien und im
511 Irak zeigen zugleich, was für eine schwierige Partnerin die Türkei für die EU und die NATO
512 in der aktuellen Sicherheitslage ist. Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg
513 gegen die Ukraine und darüber hinaus engagiert.

514 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und möglich
515 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der
516 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU, gegen
517 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd*innen und andere
518 Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger*innen im eigenen Land wenden, treten wir
519 entschieden entgegen. Die türkische Regierung muss aufgefordert werden, alles zu
520 unternehmen, damit die unzähligen politischen Gefangenen aus der Haft entlassen werden und
521 den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Folge geleistet wird.

522 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für Demokratie und
523 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Die EU muss die türkische Zivilgesellschaft, die sich für
524 einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützen.

525 7. Ein starkes Europa in der Welt

526 Die östliche Nachbarschaft der EU

527 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren Kontinent.
528 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen
529 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es zielgerichtete
530 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die
531 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen
532 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische
533 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

534 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den Protesten
535 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für Demokratie und
536 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und mit
537 Nachdruck für die Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft und Opposition, die
538 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Unterstützung belarussischer Deserteur*innen
539 und Kriegsdienstverweigerer, die Sanktionierung des belarussischen Regimes und für freie und
540 faire Wahlen im Land einsetzen.

541 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die Unterstützung des
542 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig
543 gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir setzen uns insbesondere dafür
544 ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial unterstützt.

545 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt. Gewalt,
546 Lüge, Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde
547 mundtot gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer
548 Gefangenschaft. Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge
549 einsetzen. Wir sehen uns als Freund*innen und Partner*innen derer, die ein freies,
550 friedliches und demokratisches Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte
551 Widersacher*innen all jener, die das verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir
552 unterstützen daher die EU-Sanktionspolitik gegen die maßgeblichen Vertreter*innen des
553 Regimes. Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben. Ändert sich diese Lage, muss

554 jedoch umgehend umgedacht und entsprechend gehandelt werden. Die Pläne für diese Zeit müssen
555 bereits jetzt erarbeitet und offengelegt werden, damit die russische Zivilgesellschaft die
556 Alternative sieht und erkennt.

557 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den russischen
558 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht und muss
559 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden. Dies muss allerdings für
560 ähnlich gelagerte Fälle – auch in Bereich unserer Verbündeter – ebenso gelten, sonst wird
561 diese Forderung unglaubwürdig.

562 Transatlantische Beziehungen

563 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so tiefe
564 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach
565 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen Einigung auf
566 dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

567 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere
568 europäische Gegenwart und Zukunft. Allerdings haben die USA auch mit ihren illegalen Kriegen
569 z.B. gegen den Irak und Afghanistan zuvor auch Schuld auf sich geladen und Teile der
570 heutigen Probleme der Weltlage im arabischen Raum mitverschuldet. Die Entstehung der
571 Terrororganisation ISIS war eine direkte Folge des Irakkrieges und des folgenden
572 unverantwortlichen Rückzugs. Bei allem Willen zur Zusammenarbeit muss auch dies
573 berücksichtigt und thematisiert werden, um künftig derartige Fehlentwicklungen
574 auszuschließen. Denn nur dann ist die US-Administration ein strategischer Partner: für
575 unsere Sicherheit, für die klimagerechte Erneuerung unserer Lebensqualität und für die
576 Selbstbehauptung der liberalen Demokratie.

577 Nur dann können wir gemeinsam den klimaneutralen Umbau unserer Länder voranbringen.

578 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig
579 intensivieren und kritisch hinterfragen müssen. Das heißt zum einen, die transatlantischen
580 Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von Partnerschaften
581 mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Und zum anderen,
582 einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine Stärkung der eigenständigen
583 Handlungsfähigkeit der EU und eine deutliche Kritik an falschen Handlungen der US-
584 Regierungen.

585 China

586 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch
587 Chinas teilweise aggressives Auftreten auf der globalen Bühne erschwert diese Partnerschaft.
588 Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als
589 Institution sowie für einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere
590 Koordinierung des Verhältnisses zu China ein.

591 Mit seiner enormen Wirtschaftsentwicklung hat Chinas einen großen Anteil an der
592 Globalisierung. Ihr verdankt besonders der Westen einen großen Teil seines materiellen
593 Wohlstands. Von Chinas Wirtschaftskraft und wachsendem globalen Einfluss sehen sich aber
594 inzwischen besonders die USA in ihrem hegemonialen Anspruch herausgefordert. Wir wollen uns
595 nicht in den US-Handelsstreit mit China hineinziehen lassen. Zum Beispiel lehnen wir einen
596 Generalverdacht oder gezielte Sanktionen gegen Firmen mit Xinjiang-Verbindung ab.

597 Wir kritisieren die Entsendung deutscher Marineeinheiten in die Indopazifische Region und
598 setzen stattdessen auf Dialog, denn Konfrontation ist nicht das „was Frieden schützt“.

599 Naher Osten und Nordafrika

600 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar für die
601 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend unerfüllt und
602 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir
603 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine Zusammenarbeit anstreben, die die
604 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem
605 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der EU-
606 Nahostpolitik stehen. Eine Zusammenarbeit mit Diktatoren, Rechtsbrechern und Mördern in
607 allen Ländern der Region werden wir jedoch auf das allernötigste beschränken und bei neuen
608 Exzessen gegebenenfalls auch aussetzen.

609 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin sein für
610 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit und
611 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und
612 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen tragen einige Staaten der EU hier
613 eine besondere Verantwortung.

614 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in der
615 Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu
616 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst
617 Fluchtgründe schaffen. Dies lehnen wir ab.

618 Sowohl die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes
619 als auch die gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für Frieden
620 und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen,
621 lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.

622 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische Prinzipien
623 und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir treten dafür ein, dass die
624 EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes aufrechterhält und erweitert. Die
625 iranische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden. Zudem
626 muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und
627 politisch verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als
628 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich geschlossen
629 werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen halten, der
630 Westen allerdings auch an die zugesagten wirtschaftlichen Zugeständnisse, die unter Trump
631 einseitig gekündigt wurden.

632 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen
633 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um Deeskalation in der
634 Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum Beispiel
635 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

636 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden überstürzten, panikartigen Abzug
637 westlicher Truppen tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in
638 Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen
639 des öffentlichen Lebens. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU angesichts der dramatischen
640 Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei explizit Frauen einbindet.
641 Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind aufgrund ihrer Arbeit – etwa für die
642 Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres Einsatzes für Menschenrechte in
643 Gefahr. Wir stehen daher zu unserer Verantwortung für sie und die unverzügliche Evakuierung
644 und Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger*innen innerhalb der EU.

645 Afrika

646 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden. Wir
647 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in ihren

648 Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu
649 schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in
650 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Dabei
651 begreifen wir die Stärkung einer echten Demokratie als wichtige Aufgabe. Scheinwahlen von
652 Diktatoren oder deren Dynastien werden wir dagegen offenlegen und die so Gewählten nicht
653 unterstützen.

654 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht gekennzeichnet.
655 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den Folgen der
656 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde. Ein
657 Rückfall in koloniales Verhalten ist jedoch auch nicht mit ökologischen Zielen zu
658 rechtfertigen. Es muss eine Beziehung auf Augenhöhe sein – wirtschaftlich durch intensivere
659 Wertschöpfung in den Ländern und moralisch durch Fairness und Offenheit. Im Bewusstsein auch
660 unseres kolonialen Erbes werden wir – vor allem die betroffenen ehemaligen Kolonialmächte,
661 also auch Deutschland – (auch finanzielle) Verantwortung übernehmen, um Respekt und
662 Gleichberechtigung zu zeigen und auszuüben.

663 Indopazifik

664 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum verschoben. Hier
665 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

666 Wir wollen die enge Kooperation mit zentralen Partnern der EU wie Japan, Südkorea,
667 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-Staaten intensivieren.
668 Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und
669 wirtschaftliche Modernisierung legen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die
670 Menschenrechte stärken.

671 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz
672 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig zu den globalen Emissionen beigetragen haben. Wir
673 wollen sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels
674 konkret und finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in
675 Handelsbeziehungen mit den Staaten der gesamten Region verankern.

676 Indien

677 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. Wir
678 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso wie die
679 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung für die
680 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei
681 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren
682 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten
683 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen, insbesondere die
684 Diskriminierung und Verfolgung der muslimischen Minderheit. Wir unterstützen die indische
685 Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte in
686 Grenzregionen ein. Waffenlieferungen, vor allem die Lieferung von U-Booten in diese Region,
687 welche eine Zweitschlagfähigkeit im Fall eines Atomkrieges schaffen könnten, lehnen wir
688 grundsätzlich ab. Wir werden die aktuelle Rückentwicklung der Demokratie und die zunehmende
689 Entrechtung von Minderheiten genau beobachten und bei weiterer Zunahme sanktionieren.

690 Lateinamerika

691 Wir wollen Aktivist*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ*,
692 Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive
693 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

694 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika. Die
 695 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine Intensivierung
 696 von Klima- und nachhaltigen Rohstoffpartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation
 697 für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven Naturschutz. Die Klimapartnerschaft bedarf
 698 deutlich höherer finanzieller Anstrengungen. Klimaschutz muss sich in diesen Ländern auch
 699 für die Menschen wirtschaftlich lohnen. Der Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung muss
 700 bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

701 Die Handelsbeziehungen zwischen EU und Lateinamerika müssen auf das Wohl der Bevölkerungen
 702 beider Regionen gerichtet sein. Das erfordert unter anderem, dass ein substanzieller Teil
 703 der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Das Mercosur-EU-Abkommen lehnen wir in seiner
 704 derzeitigen Form ab, weil es dem entgegensteht. Es soll an erster Stelle großen Unternehmen
 705 der deutschen Auto-Industrie und dem brasilianischen Agro-Business nützen, während es die
 706 Rechte von Arbeitnehmer*innen in beiden Erdteilen und den für den Schutz des Weltklimas
 707 zentralen Amazonas-Regenwald bedroht.

Begründung

Die Hintergründe, die die Antragsteller leiten, finden sich in: Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (Link:

https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc6-1b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf)

Der vorgelegte Originaltext beinhaltet an vielen Stellen Abweichungen und teilweise Umkehrungen alter grüner Beschlusslagen zum Thema Frieden wie Wahlprogramme oder Grundkonsens, ohne dass die Partei dies so beschlossen hätte.

Daher legen wir einen Gegenentwurf vor, der sich weitgehend auf die bisherige, älteren Beschlüsse bezieht und diese im EU-Wahlprogramm fortschreibt.

Vor allem wird Diplomatie und Verhandlung in den Vordergrund gestellt und dies auch begründet und mögliches Vorgehen dargestellt. Wir sind der Meinung, dass weitere Eskalierung des Krieges, weitere Aufrüstung und Lieferung immer stärkerer Waffen nur weitere Menschenleben kostet und keines der Probleme löst, weder kurz-, noch mittel-, noch langfristig löst. Im Gegenteil wächst damit täglich die Gefahr einer Ausweitung des Krieges.

Die Grüne Partei stand seit ihrer Gründung immer und uneingeschränkt für friedliche Konfliktlösung und gegen Gewalt. DAS soll von heute auf morgen - schon immer? - falsch gewesen sein? Wenn es noch richtig ist - wovon wir ausgehen - dann muss sich das auch in unserer Politik, auch als Teil der Regierung, wiederfinden.

Technischer Hinweis an den BuVo als Antragssteller des Gegenantrages:

Im Originaltext standen etliche Absätze, die mit dem Thema "Frieden" nur wenig oder sehr eingeschränkt zu tun hatten. Natürlicherweise konnten wir dies nicht alles aufgreifen oder übernehmen. WIR haben uns daher NUR auf das eigentlich Thema - s. Überschrift - "Frieden" konzentriert. Will der BuVo verhindern, dass diese genannten "Fremdanteile" im Falle der Annahme unserer Globalalternative vollständig herausfallen, müsste er einen ergänzenden Änderungsantrag an unseren Antrag stellen (oder eine andere Möglichkeit finden), um diese Textteile zu erhalten.

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Michael Kosthorst (KV Wesel); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Berti Furtner-Loleit (KV München); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Sandra Smolka (KV Freising); Maria Regina Feckl (KV Erding); Marianne Rummel (KV Trier-Saarburg); Finn Schwarz (KV Tübingen); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.